



*Eine unabhängige Initiative für
Menschenrechte, Solidarität und Demokratie*

Impressionen NÖ Landtagssitzung 22.02.2024

#zusammenHaltNÖ is watching you – unter diesem Motto nahmen auch diesmal wieder Beobachter*innen an der Landtagssitzung teil und erstellten diesen Bericht.



Die #zHNÖ-Beobachter*innen der Landtagssitzung kamen wieder aus allen vier Vierteln Niederösterreichs, aus unterschiedlichsten Vereinen und Initiativen.

#zusammenHaltNÖ bemüht sich um Vernetzung, Austausch von Informationen und Erfahrungen, sowie um die Planung gemeinsamer Aktivitäten und Aktionen.

Hier geht's zur [**Übersicht der Abstimmungsergebnisse**](#)

Eindrücke der #zusammenHaltNÖ-Beobachter*innen

Was uns diesmal besonders aufgefallen ist:

Neben Vorfällen und Verhaltensweisen, die wir bereits in früheren IMPRESSIONEN beschrieben und tw. kritisiert haben, empörte uns diesmal besonders das Verhalten des Zweiten Landtagspräsidenten Gottfried Waldhäusl/FP.

Während mehrerer Redebeiträge von Mandatar*innen anderer Fraktionen unterhielt er sich minutenlang mit seinen hinter ihm sitzenden Parteikolleg*innen und wandte den Redner*innen von ÖVP und NEOS seinen Rücken zu. Offenbar interessiert es ihn nicht, was Abgeordnete zu sagen haben.



Bild: pixabay

Laut der **NÖ LGO/Landesgeschäftsordnung §11(2)** haben Landtagspräsidenten folgende Aufgaben wahrzunehmen:

„Der Präsident wacht darüber, dass die Würde und die Rechte des Landtages gewahrt, [...] werden.“

#zusammenHaltNÖ meint:

*das Verhalten des 2. Landtagspräsidenten zeigt eine grobe Missachtung der „Würde des Landtages“, ist ein schlechtes Beispiel für die zahlreich anwesenden Schulklassen und in Affront uns Niederösterreicher*innen gegenüber, die mit ihren Steuern Politiker*innen wie Herrn Waldhäusl finanzieren.*



Persönlicher Kommentar einer #zusammenHaltNÖ-Beobachterin nach dreimaligem Besuch von Landtagssitzungen:

„Was mich persönlich als Beobachterin am meisten berührt, insofern, dass ich mich teilweise dadurch bedroht fühle, ist das Leugnen von umwelt- und klimaschädlichem Verhalten, z.B. hinsichtlich der Mobilitätsfrage (Straße statt Schiene), das Verbreiten von Gerüchten über bevorstehende Lebensmittelknappheit, wenn wir Biolandwirtschaft unterstützen, obwohl wir seit Jahrzehnten wissen, dass fast 50% unseres Essens im Müll landet.

Die Bundesregierung kommt sehr oft schlecht weg [...], alles was die Regierung auf den Weg gebracht hat, wird nicht kommentiert. Vieles davon wurde in den davor amtierenden Regierungen versprochen und nicht umgesetzt. Andererseits werden angebliche Versäumnisse aus veralteten Hüten gezogen.“



Ausgewählte Tagesordnungspunkte und Kommentare

TO-Punkt 02: Aktuelle Stunde zum Thema „Volle Speicher statt leere Taschen – runter mit den Gaspreisen!“

Unter dem vielversprechenden Titel dieser „Aktuellen Stunde“ kritisiert als erster Redner **Abg. Dieter Dorner /FP** die Importabhängigkeit Österreichs bei Energie. Um von teuren Gasimporten (ohne Verursacher Russland zu nennen!) unabhängig zu werden, schlägt er die Förderung von Gas im Marchfeld, Weinviertel (mit „Bio-Fracking“!) und im OÖ Molln vor, ebenso wie erneuerbare Energie (Geothermie, Solarenergie).

Abg. Dorner sieht hier die Bundesregierung massiv in der Pflicht. Er verweist auf das von der GRÜNEN Bundesministerin Gewessler verabschiedete „Erneuerbare-Gas-Gesetz/EGG v. 21.02.2024“ in den Bereich der Utopie, um Gasimporte effizient zu ersetzen.

Dezentrale Energieproduktion würde nach Meinung von *Abg. Dorner* Energie nur noch mehr verteuern.

In der Annahme, russisches Erdgas durch heimisches Biogas ersetzen zu können, kann er sich einen weiteren Seitenhieb auf Umweltministerin Gewessler nicht verkneifen und macht sich über ihren Sager „Jedem Misthaufen sein Kraftwerk“ lustig. Laut seiner Analyse werde im Grünen Energieministerium heiße Luft, statt sinnvolle Politik gemacht und sieht als Alternative zum „bösen Russengas“ nicht Bio-Gas aus heimischer Produktion, sondern LNG/Flüssigerdgas aus USA, Katar oder Saudi-Arabien.

Als totale Themenverfehlung betrachtet **Abg. Collini/NEOS** das Thema dieser „Aktuellen Stunde“. Denn Schuld am hohen Gaspreis sei „*FP-Freund Putin*“. Sie geißelt daher auch die Säumigkeit der Bundesregierung, um aus dieser „*toxischen Abhängigkeit*“ herauszukommen (Österreich deckte im Dezember 98 % des Gasbedarfs aus Russland!).

Abg. Collini sieht im bis 2040 gültigen Gasvertrag der ÖMV mit Gazprom nicht nur die Ursache für die hohen Gaspreise („*Putin hat volle Kassen... wir finanzieren damit das brutale Regime eines Diktators*“), sondern auch enormes Risiko für Freiheit und Demokratie.

Vollkommen unverständlich für *Abg. Collini* ist die 2-jährige Untätigkeit der Bundesregierung im Hinblick auf den längst fälligen 40km-Lückenschluss der Gaspipeline Richtung Deutschland, um endlich alternativ an Gas aus Norwegen heranzukommen.

Als Reaktion auf *Abg. Indra Collini* lässt **Abg. Helga Krismer-Huber/GRÜNE** deren Rüge bzgl. Nichtkündigung des Gasvertrages mit Russland nicht auf der GRÜNEN Ministerin sitzen: denn verantwortlich für einen Vertragsausstieg sei in Wirklichkeit das Finanzministerium. Vielmehr verteidigt *Abg. Krismer-Huber* das Tempo der Bundesregierung im Hinblick auf Ausbau der erneuerbaren Energien (siehe [EGG / Erneuerbare-Gas-Gesetz](#) v. 21.02.2024) und geißelt die Freiheitlichen als „*Freunde Putins* in Österreich: F-P-Ö“. „*Putin, dem man die Stirne bieten müsse!*“ Denn auch für *Abg. Krismer-Huber* erweist sich die Energiefrage als existentielle Sicherheitsfrage und deshalb bricht sie eine Lanze für erneuerbare Energie: „*Biogas – statt Putingas!*“ Und sie meint,

dass auch Restmüll in naher Zukunft als alternative Energiequelle für Biogas genutzt werden kann.

Dem FP-Vorschlag, im Weinviertel durch „Bio-Fracking“ heimisches Schiefergas zu fördern, erteilt **Abg. Krismer-Huber** eine klare Absage und kommentiert dieses Ansinnen der FPÖ ironisch: *„Ihr seid’s die fossilen Saurier, mit einem Putin im Gepäck!“*

Hat **Abg. Krismer-Huber** die Bundesregierung für die zahlreichen Initiativen zur Implementierung erneuerbarer Energien verteidigt, so erklärt **Abg. René Pfister/SP** diese Bundesregierung als rücktrittsreif. Er wundert sich, dass es auf Grund der hohen Inflationsrate keine Eingriffe (Energie, Wohnen, Lebensmittel) vonseiten der Regierung gab, wie in Spanien u.a. Ländern. Sich auf die Unionsgesetze auszureden, sei ihm zu billig. **Abg. Pfister** sieht auch einen Zusammenhang von hohen Energiepreisen in NÖ mit der Bestellung eines dritten Vorstandes bei der EVN.

Im Hinblick auf den Energie-Mix bezeichnet **Abg. Pfister** die großartige Performance der von der Regierung propagierten Bio-Energie als *„parlamentarischen Unfug“*, denn profitieren würden seiner Meinung nach nur die Agro-Ökonomen. Und er behauptet, für die Energiebilanz des Landes bringe sie nichts, maximal 3% der gesamten Energiebilanz laut www.energiegv.at.

Für **Abg. Reinhard Teufel/FP** bewirken die hohen Energiepreise eine bedrohliche De-Industrialisierung, von 25 % auf derzeit nur mehr 21%. Und der hohe Gaspreis bei uns (8 Cent/ Kwh) im Vergleich zu den USA (1 Cent/Kwh) beschleunige den weiteren Niedergang unserer Industrie. **Abg. Teufel** beklagt durch die, seiner Meinung nach falsche Energiepolitik (z. B. Verteuerung der CO2 Steuer) bedingte Abwanderung von Betrieben und „ätzt“ in Richtung GRÜNE: *„Wenig Ahnung – viel Meinung!“*

TO-Punkt 03: „Netzinfrastruktur für die Energiewende zukunftsfit machen“

Dieser einstimmig beschlossene Antrag ersucht die NÖ Landesregierung, an die Bundesregierung mit einer Liste an Forderungen heranzutreten ([siehe Ausschussantrag](#))

Trotz der letztendlichen Zustimmung aller Fraktionen gibt es im Vorfeld einige Diskussionen. **Abg. Helmut Hofer-Gruber/NEOS** kritisiert, dass man immer nur an den Bund Forderungen stelle, die Hinwendung zum eigenen Wirkungsbereich aber fehle.

Er weist auf die „Schätze“ Geothermie und Photovoltaik hin, die gehoben werden sollten und meint, der Netzausbau dürfe aber nicht nur an NÖ allein hängenbleiben.

Abg. Georg Ecker/Grüne beklagt die jahrelangen Versäumnisse in NÖ beim Netzausbau. Dadurch können sowohl Firmen, als auch Landwirte oder Private, die auf ihren Hallen oder Hausdächern PV-Anlagen haben und teilweise große Mengen an Strom erzeugen, diesen nicht in die Netze einspeisen, weil ihnen eine viel zu geringe Zahl an Kilowatt peak zugewiesen werde.

Abg. Franz Schnabl/SP warnt beim Netzausbau, dass dieser zu Lasten der Kund*innen gehen könnte und fordert z.B. eine Erhöhung der Übergewinnsteuer der Energieerzeuger zur Finanzierung des Netzausbaus.

Eine „Lehrstunde“ für *Abg. Ecker* kommt von **Abg. Dieter Dörner/FP**, weil er beklagt hatte, dass es so lang dauere, bis Windräder tatsächlich aufgestellt werden können.

Abg. Dörner meint, in jeder Gemeinde, in der Windräder aufgestellt werden, müsse zuerst die Bevölkerung befragt werden, ob sie das denn wolle. Dies sei „direkte Demokratie“

#zusammenHaltNÖ



wendet ein:

Neben der „direkten Demokratie“ gibt es in Österreich – daher auch in NÖ – die „repräsentative Demokratie“, bei der Politiker*innen Beschlüsse zu fassen und Entscheidungen zu treffen haben. Dafür werden sie auch gewählt.

Falls das „Floriani-Prinzip“ in die Politik Einzug halten sollte, würden wahrscheinlich nie Windräder gebaut werden. Denn viele Menschen sind zwar grundsätzlich für Windkraft, wollen aber kein Windrad in ihrer Umgebung, nach der Devise „not in my backyard“.

Übrigens gibt es z.B. im Waldviertel in Form der **WINDGESPRÄCHE** ohnehin Gespräche mit der Bevölkerung, bei denen alle teilnehmen, sich informieren und Fragen stellen können.

Auf ruhige und sachliche Art geht **Abg. Anton Kasser/ÖVP** auf seinen Vorredner ein und befürwortet ebenfalls die Beteiligung anderer Bundesländer an den Kosten des Netzausbaus, da sie ja von Strom aus NÖ profitieren würden. Weiters müssten die Übertragungskapazitäten in die Nachbarländer ausgebaut werden, um Strom über die Grenzen liefern zu können. *Abg. Kasser* betont auch die Notwendigkeit von Speichern und fordert in einem Zusatzantrag das Bemühen der NÖ Landesregierung beim Bund zur Umsatzsteuerbefreiung für Neuerrichtung oder Erweiterung von Speichern auch bei bestehenden PV-Anlagen. Schließlich weist er auf das Erneuerbare-Gas-Gesetz hin, das sich nicht negativ auf die Preise auswirken müsse.

Als Beispiel erwähnt er eine Biogasanlage in seinem Bezirk Amstetten, bei dem Biomüll verwertet wird und wodurch zu marktkonformen Entsorgungspreisen Gas und Kompost erzeugt werden können.

TO-Punkt 04: „Dringend erforderliche Maßnahmen zur Unterstützung von Pendlerinnen und Pendlern in Niederösterreich“

Im Antrag des „Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses“ wird die NÖ Landesregierung aufgefordert, bei der Bundesregierung für die Beibehaltung des Pendlerpauschales, die Erhöhung des Kilometergeldes und das Aussetzen der CO₂-Steuer bis zur Stabilisierung des Preisniveaus einzutreten.

Vom Erstredner **Andreas Bors/FP** kommen Anwürfe gegen Ministerin Gewessler, Vorwürfe, wie „böartiger Anschlag“ der Ministerin, „CO₂-Strafsteuer“ oder „unfairer, unsozialer Klimabonus“, sowie das gewohnte Asylwerber-Bashing, weil auch diese den Klimabonus erhalten. (Dass dieser Bonus aber auch an Häftlinge in Justizanstalten ausbezahlt wird, verschweigt *Abg. Bors*.)

Dafür, dass Pendeln in NÖ so häufig notwendig ist, macht **Abg. Edith Kollermann/NEOS** vor allem die verfehlte NÖ Standort- und Verkehrspolitik verantwortlich und kritisiert, dass wieder einmal der Bund alles regeln solle.

Abg. Dominic Hörlezeder/Grüne weist darauf hin, dass im Antrag von SP, FP und VP nun der Ausbau des Schienenverkehrs gefordert werde, obwohl in den letzten drei Jahrzehnten genau das Gegenteil getan wurde. In NÖ seien auf Grund fehlenden Weitblicks 360 Schienenkilometer rückgebaut worden, während die schwarz-grüne Bundesregierung eine wichtige öko-soziale Steuerreform auf den Weg gebracht habe.

Vehement bestreitet er, dass das Pendlerpauschale jemals abgeschafft werden hätte sollen. Es seien Politiker*innen wie die NÖ Landeshauptfrau, die dieses Gerücht in den Raum gestellt hätten und dieses habe dann eine Eigendynamik bekommen. ([Video, ab Minute 4:13](#))

Abg. Franz Schnabl/SP gibt **Abg. Hörlezeder** im letzten Punkt recht ([Video, ab Minute 0:15](#)). Ministerin Gewessler habe zwar von einer „Reform“ des Pendlerpauschales gesprochen, aber er habe in den Zeitungen nirgends einen Hinweis auf eine Abschaffung gefunden. Allerdings kann sich **Abg. Schnabl** eine Spitze auf die Ministerin nicht verkneifen. Eine „Reform“ bedeute bei ihr immer eine Verschlechterung für die Autofahrer*innen und Pendler*innen, die vielfach auf das Fahrzeug angewiesen seien. Laut einer [AutoScout24-Umfrage](#) könnten 70% der Menschen in Niederösterreich für ihre täglichen Verrichtungen darauf nicht verzichten und deshalb fordert **Abg. Schnabl** eine Verbesserung des Pendlerpauschales.

Nach Attacken gegen die Grünen, die Bundesregierung, die SPÖ Alfred Gusenbauer betreffend und nach Verteidigung des Pendlerpauschales wartet **Abg. Hubert Keyl/FP** schließlich mit einem etwas skurrilen Beispiel auf. ([Video, ab Minute 2:02](#)) Dazu äußert sich dann später auch **Abg. Helmut Hofer-Gruber/NEOS** in seinem [Redebeitrag \(ab Minute 2:34\)](#).

Abg. Keyl erzählt die Geschichte des (fiktiven?) Herrn Meier, der in St. Pölten wohnt und arbeitet, aus nicht genannten Gründen seine Wohnung und sein Fahrrad verkauft, aufs Land nach Litschau zieht und somit zum Pendler wird.

Nachdem er die tägliche Strecke von ca. 125km aus Zeitgründen mit seinem Kleinwagen zurücklegt, komme er auf monatliche Spritkosten von € 660,-. Das so „anreizende“ Pendlerpauschale würde ca. €300 ausmachen.

Abg. Hofer-Gruber/NEOS verteidigt die „CO2-Strafsteuer“ (©FP-NÖ) als sinnvolle „CO2-Lenkungssteuer“ und stellt fest, dass trotz dieser Steuer Benzin nicht teuer sei. (Dies beweist übrigens auch die [Übersicht des BM für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie](#).)

Die Geschichte über Herrn Meier findet **Abg. Hofer-Gruber** erheiternd und meint, wenn jemand freiwillig von seinem Arbeitsplatz in St. Pölten nach Litschau übersiedelt, sei dies eine persönliche Entscheidung und es sei nicht Aufgabe der öffentlichen Hand, dies finanziell auszugleichen. ([Video, ab Minute 2:33](#)).

#zusammenHaltNÖ



meint:

Als Ausgleich dazu, dass der Neo-Pendler Herr Meier nun hohe monatliche Fahrtkosten hat, findet er in seiner neuen Heimat dafür äußerst günstige Grundstücks- und Hauspreise vor. Siehe [Immobilienpreise Niederoesterreich 2024-02.pdf \(derstandard.at\)](#)

Zusatzinformation

[Alles ist möglich - Florian Scheuba - derStandard.at > Diskurs](#)

[Dreckiger Wahlkampf um die Pendlerpauschale - Eric Frey - derStandard.at > Diskurs](#)

TO-Punkt 06: „Klares NEIN zum Ausbau der Atomkraft in Tschechien und für einen konsequenten und raschen Umstieg auf Erneuerbare Energie“

Alle im NÖ Landtag vertretenen Parteien treten für ein klares NEIN zum Ausbau der Atomkraft in Tschechien ein. Auf eine diesbezügliche Diskrepanz weist **Abg. Georg Ecker/GRÜNE** hin. NÖ importiere noch immer jährlich 12,6 Terawatt Atomstrom aus Tschechien. Und anstatt in erneuerbare Energien zu investieren, zahle NÖ jährlich € 228,5 Mio. für Atomstrom nach Tschechien. **Abg. Ecker** plädiert daher dringend für den Ausbau der Solarenergie. Denn der durch ein Solarkraftwerk (+ Speicher) produzierte Strom würde, seinen Informationen zufolge, ein Drittel von Atomstrom kosten.

Obwohl auch er als Hollabrunner entschieden gegen die tschechischen Atom-Ausbau-pläne eintritt, sieht **Abg. Michael Sommer/FP** dies unter einem etwas anderen Aspekt. Im Hinblick auf den weiteren Ausbau der „Erneuerbaren“ ist er skeptisch bezüglich der hohen Kosten. Die Erneuerbaren seien aufgrund der sehr teuren, fehlenden Speicher auch nicht „grundlastfähig“. Laut **Abg. Sommer** sollte also nur die Bevölkerung über die Energiezukunft des Landes entscheiden, denn „*der Souverän hat immer recht!*“

#zusammenHaltNÖ



bemerkt:

In einer „Repräsentativen Demokratie“ kann der „Souverän“ nicht bei jeder Einzelentscheidung befragt werden. Auch hat „der Souverän“ vermutlich nicht zu allen Themen das notwendige Fachwissen, um die bestmöglichen Entscheidungen treffen zu können. Durch sachliche Fehlentscheidungen „des Souverän“ könnte die „Direkte Demokratie“ ad absurdum geführt werden.

TO-Punkt 08: „Planungssicherheit für die Schweinehaltung in Österreich“

Dieser TO-Punkt zeigt, wie teilweise im NÖ Landtag und in Ausschüssen gearbeitet wird. Fehler sind natürlich menschlich. Aber es kann doch wohl nicht sein, dass Fehler nicht behoben werden, selbst wenn von einem Abgeordneten der Opposition durch einen Antrag zur Geschäftsordnung auf solch einen **fehlerhaften Ausschussantrag** hingewiesen wird. Da im Antrag nicht erwähnt wird, dass es um Übergangsfristen für die Abschaffung von Vollspaltenböden geht, fordert **Abg. Hofer-Gruber/NEOS** eine Rückverweisung des Antrags an den Ausschuss. Dies wird von den Regierungsparteien abgelehnt.

Als **Abg. Hörlezeder/Grüne** schließlich einen ergänzten, inhaltlich korrekten Abänderungsantrag einbringt, wird dieser von den Regierungsparteien ebenfalls nicht akzeptiert. Was soll man sich da als Zuhörer*in denken?

Abg. Alexander Schnabel/FP sieht düstere Wolken am Schweinebauern-Himmel heraufziehen. Bei Verbot von Vollspaltenböden ab 2030 wäre die Folge ein Markteinbruch um die Hälfte und die Notwendigkeit von Billigfleischimporten aus Ländern, in denen Tierwohl kein Thema ist.

Er empört sich über den Antrag von **Abg. Rainer Spenger/SP**, in dem eine kürzestmögliche Übergangsfrist für das Ende von Vollspaltenböden gefordert wird. Die FP-NÖ sei der „Schutzschild der heimischen Bauern“ und sie würde den „sozialistischen Angriff“ auf die NÖ Landwirte abwehren. Wenn es nach den „Roten“ gehe, sei das einzige landwirtschaftliche Modell die „Planwirtschaft“ und man wisse historisch gesehen, dass das nicht gut ausgegangen sei. **Abg. Schnabel** appelliert daher an die Mandatar*innen, den vorliegenden Antrag anzunehmen, um die Planungssicherheit der NÖ Bauern zu gewährleisten.

Abg. Manfred Schulz/VP meint, er sei über die Aussagen von **Abg. Hofer-Gruber**, **Abg. Hörlezeder** und **Abg. Spenger** schockiert. Was sie von sich gegeben hätten, hätte mit der Realität in der österreichischen Landwirtschaft „Null-Komma-Null“ zu tun. Und er unterstellt ihnen, noch nie in einem Stall gewesen zu sein, egal ob in einem Tierwohl- oder einem Vollspalten-Stall.

Abg. Schulz nennt das Beispiel Schweden, „wo alles schon vorbei sei“. Die Schweineproduktion sei um 50% eingebrochen und es müssten heute 50% Schweinefleisch importiert werden.



Bild: pixabay



Der **#zusammenHaltNÖ Faktencheck** ergibt:

nach dem EU-Beitritt Schwedens 1995 erlitt die Schweineproduktion in diesem Land tatsächlich schwere Einbußen. Der Selbstversorgungsgrad sank innerhalb weniger Jahre von 100% auf 70%. Seit 2014 hat sich die Situation allerdings verbessert. Es wurde Fleisch aus schwedischer Herkunft intensiv beworben und trotz verschärfter tierschutzrechtlicher Vorgaben und höherer Preise das Konsumenteninteresse geweckt.

Im Jahr 2020 lag der Selbstversorgungsgrad mit Schweinefleisch bei 81% und Schweden kann als Vorreiter in Sachen Tierwohl bezeichnet werden.

Quellen:

<https://www.innovations-report.de/fachgebiete/agrar-forstwissenschaften/bericht-36808/>

<https://www.agrarheute.com/tier/schwein/schweden-vorreiter-sachen-tierwohl-565336>

Zusatzinformation:

[Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes](#)

[Vollspaltenboden-Verbot soll laut Rauch bis 2030 umgesetzt sein - Wirtschaftspolitik - derStandard.at › Wirtschaft](#)

Und ein topaktueller Artikel: STANDARD, Do, 29.02.2024:

[Österreichs Schweine im Fadenkreuz von Politik und Tierschützern - Unternehmen - derStandard.at › Wirtschaft](#)

TO-Punkt 09: „Anreize zur Sicherstellung von ausreichend Personal in Pflege-und Gesundheitsberufen

Für **Abg. Edith Kollermann/ NEOS** gibt es genügend Ausbildungsplätze, allein sie vermisst die Bewerber*innen und beklagt die mangelnden Ausbildungskapazitäten. Als weitere Schwachstelle bedauert sie auch den Verbleib in den Pflegeberufen. Die vielgepriesene Pflegelehre befindet sich erst in der Pilotphase. Es gibt noch keinerlei Ergebnisse, dennoch sollte dieses „Modell“ die Grundlage für die Ausbildung zukünftiger Pflegekräfte in ganz Österreich werden, leider ohne jedwede vorherige Evaluierung.

Abg. Kollermann bemüht hier das Beispiel Schweiz, denn dort gibt es diese Ausbildungsschiene seit 20 Jahren: drei Jahre nach der Ausbildung seien dort nur mehr ein Drittel der Ausgebildeten als Pflegekräfte aktiv, nach fünf Jahren nur mehr ein Viertel. Ein mehr als ernüchterndes Ergebnis!

Für *Abg. Kollermann* hänge die Bereitschaft, in einem Pflegeberuf tätig zu sein, auch viel von der Wertschätzung für das Personal ab. So erwähnt sie nicht zufällig das für die NÖ Gesundheitsverwaltung aktuelle, mehr als beschämende Beispiel der „Gynäkologie und Geburtshilfeabteilung in Waidhofen/Ybbs“. Dort wurden die Mitarbeiter*innen von der Schließung ihrer Abteilung erst kurz davor in Kenntnis gesetzt.

Abg. Silvia Moser/Grüne kann dem Schweizer Modell als Positivbeispiel nicht viel abgewinnen, ebenso einer krampfhaften Dislozierung von Ausbildungsplätzen in den NÖ Zentralraum und das nördliche NÖ. Sie erwähnt hier das aktuelle Beispiel Mistelbach: 50 Ausbildungsplätze wären vorgesehen, aber nur 15 Interessent*innen haben sich gemeldet. Daher meint sie, Dislozieren um jeden Preis mache keinen Sinn! Und zum Thema Pflege-Ausbildungs-Prämie ergänzt *Abg. Moser*, dass diese seit heuer auch über das Pflege-Fonds-Gesetz abgewickelt werde und dieser Fonds vom Bund auf € 1,1 Mrd. verdoppelt wurde. Somit sollte auch den Ländern doppelt so viel Geld für diese Zwecke zur Verfügung stehen. *Abg. Moser* appelliert daher eindringlich an die Abgeordneten, im eigenen Bereich alles Notwendige zu unternehmen und nicht den Bund für alles verantwortlich zu machen.

Abg. Kollermann/NEOS meint abschließend noch, man müsste eigentlich über langfristige Programme, endlich weg von der Reparaturmedizin zur Präventivmedizin kommen. So könnte man zukünftige Gesundheitspolitik denken, bedauerlicherweise finde sie diesbezüglich keinerlei Hinweise in diesem Antrag.

TO-Punkt 10: „Inflationsanpassung des Agrarbudgets auch auf EU-Ebene“

Bei TO-10 spricht sich **Abg. Helmut Hofer-Gruber/ NEOS** entschieden gegen diese Inflationsanpassung aus. Für ihn würden nur Großbetriebe tatsächlich davon profitieren (75 % der Mittel) und erkennt in dieser Art der Subventionierung eine rückwärts gerichtete Agrarpolitik, die krampfhaft an den alten Strukturen festhalten wolle. Viel wichtiger wäre es nach Meinung von *Abg. Hofer-Gruber*, statt Fläche zukunftsweisend vor allem nachhaltige, klimaschonende landwirtschaftliche Produktion in bäuerlichen Familienbetrieben zu fördern.

Auch **Abg. Karin Scheele/ SPÖ** hätte gerne eine andere Agrarpolitik auch in der EU. Denn als Nettozahler würde Österreich bei dieser Inflationsanpassung noch mehr zur Kasse gebeten und die größten, industriellen Agrarbetriebe würden sich das Geld holen, nicht unsere österreichischen Familienbetriebe. Daher verlangt **Abg. Scheele** in ihrem Zusatzantrag eine Änderung der Förderpolitik: weg von der Fläche! Auch dieser Änderungsantrag wurde von VP und FP abgelehnt.

Und für eine längerfristige Absicherung von Klein- und Mittelbetrieben, sollten in Zukunft vor allem auch die Konsumenten über hochqualitative, heimische, nachhaltig erzeugte Lebensmittel noch intensiver informiert und genau dafür sensibilisiert werden, um so eine breite Zusammenarbeit von Erzeugern und Verbrauchern zu erhalten.

Zusätzlich fordert **Abg. Scheele** vehement einen totalen Importstopp in die EU von gentechnisch veränderten und von mit Pestiziden übermäßig behandelten Futtermitteln aus Übersee.

Für **Abg. Alexander Schnabel/FP** und **Abg. Franz Linsbauer/VP** jedoch, ist die Inflationsanpassung des Agrarbudgets auch auf EU-Ebene ein sicherer Garant für den Fortbestand der österreichischen Landwirtschaft, weiters ein Garant für die Versorgungssicherheit der österreichischen Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln. Für diese beiden Abgeordneten garantiert diese Unterstützung auch in Zukunft die Pflege und den Erhalt einer tourismustauglichen Landschaft durch Österreichs Bäuerinnen und Bauern.

TO-Punkt 11: „Bodenschutz in Niederösterreich mit nachhaltiger, regionaler Raumordnung und einer Klimawandelanpassungsstrategie für die Landwirtschaft“

Der Antrag der Grünen, der im Landwirtschaftsausschuss abgelehnt wurde, wird ausführlich besprochen.

Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne betont die hohe Bedeutung von gesunden Böden und die Dringlichkeit für rasche, notwendige Maßnahmen im Rahmen von Raumordnung und Klimawandelanpassungsstrategien.

Abg. Kerstin Suchan-Mayr/SP weist auf den „**Bodenatlas 2024**“ der Heinrich Böll-Stiftung hin, der aussagt, dass in der EU mehr als 60% der Böden geschädigt seien. Es sei für den Erhalt ökologisch wertvoller Böden wichtig, dieses Thema immer wieder zu diskutieren, ebenso wie über das Thema Bodenversiegelung, da gesunde Böden für die Sicherstellung gesunder Ernährung benötigt würden.

Es dürfe kein „*Gegeneinander von Wohnraum in Städten und Gemeinden versus der landwirtschaftlichen Flächen für die Lebensmittelversorgung, sondern ein abgestimmtes Miteinander geben*“.

Auf angriffige Weise attackiert **Abg. Martin Antauer/FP** vor allem die EU-Bürokratie, die „grüne Klimadiktatur“ und die NÖ Grünen, die seiner Meinung nach zu „*jedem Blödsinn der EU Ja und Amen sagen*“ und dadurch die Regionalität, die sich auch die FP auf ihre Fahnen heftet, gefährden.

Die Demos während der letzten Wochen und Monate quer durch Europa hätten gezeigt, was die Landwirte davon halten.

Abg. Antauer behauptet, die Grünen gefährdeten die Natur und die nachhaltige und zukunftsorientierte Raumordnung durch ihren „Windradwahn“.

Grüne Politik sei unüberlegt und gefährlich für den österreichischen und niederösterreichischen Wohlstand. Und er bringt ein Forschungsbeispiel der Universität für Bodenkultur/Boku zum Thema „Lockfrüchte“, das angeblich das Scheitern eines biologischen Schädlingsbekämpfungsprojektes zeigt.

#zusammenHaltNÖ



meint:

Daran aber das Scheitern biologischer Schädlingsbekämpfung insgesamt festmachen zu wollen, ist absurd. Die Boku zeigt durch ihre Forschungsschwerpunkte und zahlreichen Publikationen mehr als deutlich, dass biologische, nachhaltige Landwirtschaft sinnvoll und wichtig ist.

*Dass in der Frucht moderne Pflanzenschutzmittel **nicht** nachgewiesen werden können, wie Abg. Antauer behauptet, stimmt nicht. Dies ist auf der Internetseite der [AGES/Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit im Kapitel „Rückstandsverhalten und physikalisch-chemische Eigenschaften“](#) nachzulesen.*

Abg. Antauer verschweigt auch das Thema „[Ewigkeitschemikalien](#)“, worüber erst vor wenigen Tagen in den Medien berichtet wurde.

Abg. Josef Edlinger/VP geht auf den Antrag der Grünen ein und stellt fest, dass vieles davon in den letzten Jahren bereits auf den Weg gebracht worden sei. Er bemerkt, Niederösterreich habe den geringsten Flächeninanspruchnahme-Prozentsatz an der Versiegelung des Dauersiedlungsraumes von 7,36% bei einem Österreichschnitt von 9,1%. Die Pro-Kopf-Baufläche sei in den letzten zehn Jahren auf Grund der strengen Raumordnung um 15m² zurückgegangen. Es seien bezüglich Raumordnung Akzente gesetzt worden. Es gebe keine neuen Fachmarktzentren auf der grünen Wiese mehr, es seien Rückbau- und Renaturierungsmaßnahmen gesetzt worden. Die „Regionale Leitplanung“ sei in den letzten beiden Jahren in Zusammenarbeit mit Gemeinden und Regionen ausgearbeitet worden und stehe kurz vor dem Abschluss. Sie werden in 20 regionalen Leitplanungen über das gesamte Landesgebiet umgesetzt und seien ein wirksames Bodenschutzkonzept. Nach der Begutachtung sollen sie noch Mitte des Jahres von der Landesregierung beschlossen werden. Und *Abg. Edlinger* nennt zahlreiche Details und Änderungspunkte, die mit diesen Programmen umgesetzt werden sollen. Auch in Bezug auf Klimawandelanpassung sei schon viel passiert, wie er anhand von Beispielen erläutert.

Schließlich stellt *Abg. Edlinger* noch mit Bedauern fest, dass in den vergangenen Jahren viele Biobetriebe aufhören mussten und zur konventionellen Landwirtschaft zurückgegangen seien. Grund dafür sei, dass es keinen (?) Markt für biologisch produzierte Lebensmittel gebe. Dieselben Menschen, die immer höhere Auflagen in der Produktion fordern, seien nicht bereit, auch die höheren Kosten zu zahlen.

Abg. Edlinger weist auf zahlreiche neue Techniken und Projekte in NÖ, auf die erreichten Verbesserungen bezüglich Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft hin und erklärt, warum seine Fraktion dem Antrag der Grünen ihre Zustimmung verweigere.

Zusatzinformation

[IG Windkraft - - Startseite](#)

[Bitte, baut mir ein Windrad vor mein Haus! Wie wir die Energiewende schaffen - alles gut? Weltverbessern für Anfänger - derStandard.at · Wirtschaft](#)

Informationen aus erster Hand zum Thema Windenergie im Bezirk Waidhofen an der Thaya

<https://www.windgespraech.at/>

Diese Windgespräche wurden in den Gemeinden, in denen Windkraftanlagen geplant sind durchgeführt um die Bevölkerung zu informieren und Diskussion und Austausch zu ermöglichen. Es ist entsetzlich, wie die FPÖ gegen Windkraft hetzt und diese Hetze durch Gratis - Postwurfsendungen an jeden Haushalt verteilt.

[BOKU Nachhaltigkeitsverständnis::Zentrum für Globalen Wandel & Nachhaltigkeit::BOKU](#)

[Agrarentomologie::Institut für Pflanzenschutz::Department für Nutzpflanzenwissenschaften \(DNW\)::BOKU](#)

TO-Punkt 12: „Debatte über die Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Kocevar an Landeshauptfrau Mag. Mikl-Leitner betreffend ÖVP-Mitgliedschaft von ausgegliederten Unternehmen des Landes NÖ

Abg. Helmut Hofer-Gruber/NEOS kritisiert in seinem [Redebeitrag](#) die Tatsache, dass Unternehmen des Landes Mitglieder einer Partei – nämlich der ÖVP - sind, und meint, die „sogenannte Antwort“ von LHF Mikl-Leitner auf die Anfrage von **Abg. Kocevar/SP** „schlägt dem Fass den Boden aus“:

„Diese Art des Umgangs mit parlamentarischer Kontrolle, wie wir das von unserer Landesregierung sehen, stellt die Institution Landtag in Frage. Und wenn wir da nicht stärker auftreten, und zwar als Landtag stärker auftreten, und da ist auch das Präsidium mitgemeint – der zweite Präsident unterhält sich gerade privat – dankeschön, es ist auch große Wertschätzung, die Sie hier dem Parlament entgegenbringen. Wenn sich der Landtag hier selbst nicht ernst nimmt, dann schafft er sich ab, meine Damen und Herren, dann stellt er sich selbst in Frage. Und wir brauchen keinen modernen Saal, wenn durch diesen Saal der Geist Metternichs weht...“

In seinem [Redebeitrag](#) schickt der Antragsteller **Abg. Wolfgang Kocevar/SP** voraus, er betrachte es als Auszeichnung, das Land Niederösterreich als Abgeordneter vertreten zu dürfen. Und er hält fest, dass solche Anfragebeantwortungen in Gemeindestuben von der Opposition nicht akzeptiert werden würden, denn sie zeigen fehlenden Respekt. Aber genau das passiere von den Regierungsmitgliedern der VP. **Abg. Kocevar** liest daraufhin die [Anfragebeantwortung](#) vor.

Weiters merkt er auch kritisch an, dass Mandatar*innen nicht applaudieren, selbst wenn Abgeordnete anderer Fraktionen „etwas Gescheites“ sagen. Er appelliert an den Landtag, man möge einander so ernst nehmen, wie man auch selbst ernst genommen werden wolle.

TO-Punkt 13: Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Weninger, Mag. Collini u.a. betreffend Gebarungsprüfung der Marktgemeinde Vösendorf durch die Aufsichtsbehörde des Landes unter Beiziehung des Landesrechnungshofes

Auf Grund der ungeheuerlichen Vorwürfe und der Ermittlung der Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt gegen den Bürgermeister von Vösendorf wegen Urkundenfälschung und Untreue, sind sich alle Fraktionen über die Notwendigkeit eines **Dringlichkeitsantrags** einig und stimmen dem Antrag zu. Allerdings zeigen sich in der Folge dennoch gravierende Meinungsunterschiede, welche Behörde die Gebarung der Marktgemeinde Vösendorf prüfen solle.

Die antragstellenden Parteien NEOS und SP mit Unterstützung der Grünen sind sich einig, dass bei solch gravierenden Vorwürfen neben der Prüfung durch die Gemeindeaufsicht auch der Landesrechnungshof eingebunden sein sollte und die Ergebnisse noch vor der Neuwahl des Vösendorfer Gemeinderats im Mai vorliegen sollten.

Klubobmann Hannes Weniger/SP plädiert für eine gutachtliche Stellungnahme des Landesrechnungshofs bis 2. April d.J. Doch die VP stellt einen **Abänderungsantrag**, der bloß eine Prüfung der Gemeindegebarung durch die Gemeindeaufsicht vorsieht, in dem aber der Landesrechnungshof nicht mehr vorkommt.

Dieser Abänderungsantrag wird nur von VP und FP beschlossen.



GEHÖRT GEHÖRT:

in einer **emotionalen Rede** fordert **Abg. Collini /NEOS** Transparenz und Politik mit Anstand ein, denn engagierte und integre NÖ Bürgermeister*innen dürften nicht durch einzelne „schwarze Schafe“ in den „Sumpf gezogen werden“.

Sie verstehe nicht, wieso der Landesrechnungshof nicht in Prüfungen auch in Gemeinden unter 10.000 Einwohnern eingebunden werden könne, wie dies in allen anderen Bundesländern möglich sei. Und sie empört sich, dass der Antrag der NEOS bezüglich Rederecht für die Landesrechnungshofdirektorin Dr. Goldeband im Landtag abschmettert worden sei.

Das Vertrauen der Menschen in die Politik sei so sehr im Keller, dass durch das Eintreten für Transparenz dieses Vertrauen wiederhergestellt werden müsse.

Vorgänge, wie sie in Grafenwörth unter Bürgermeister Riedl stattgefunden hätten, seien Machtmissbrauch zum eigenen Vorteil, das sei nach der Duden-Definition Korruption.

Dafür kassiert **Abg. Collini** von **Präsident Wilfing** einen **Ordnungsruf: Minute, ab 7:06**.

Abg. Collini meldet sich später zu einer **„tatsächlichen Berichtigung“**, da **Abg. Auer/VP** in den Raum gestellt habe, sie hätte alle 573 Bürgermeister*innen beschimpft. Sie spielt die Originaltonaufnahme ihrer vorherigen Rede per Handy vor und beweist, dass dies nicht der Fall war.

#zusammenHaltNÖ



-Recherche bei TI / Transparency International Austria:

Laut der [Definition von Transparency International](#) ist Korruption „Missbrauch von anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil.“

Wir von #zusammenHaltNÖ fragen uns: trifft das nicht im Fall Grafenwörth zu?

Übrigens, Österreich hat bezüglich Korruptionsbekämpfung durchaus noch Luft nach oben, wie der [Korruptionsindex 2023](#) beweist.



Quellen für diese Ausgabe der Impressionen:

Notizen von #zHNÖ-Beobachter*innen, Bericht der NÖ Landeskorespondenz „Landtag aktuell“, Videobeiträge der LT-Sitzung, [NÖ LGO 2001](#), [NÖ Landesverfassung](#), diverse Medienberichte

Gesamtvideo der NÖ Landtagssitzung

<https://noe-landtag.gv.at/sitzungen/XX/2024-02-22>

Zusammenfassung der NÖ Landeskorespondenz zum Nachlesen

https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/sitzungen/20.GP/2024-02-22/NOE_Landeskorespondenz_-_Landtag_Aktuell.pdf



Nächste Landtagssitzung: Donnerstag, 21.03.2024, 13.00 Uhr

Weitere #zusammenHaltNÖ-LT-Beobachter*innen sind herzlich willkommen!

Bitte um Kontaktaufnahme unter unserer Mail-Adresse: kontakt@zusammenhaltnoe.at

[#zusammenHaltNÖ-Homepage: https://zusammenhaltnoe.at/](https://zusammenhaltnoe.at/)